

Kopie an Herren Bundespräsident Wahlen  
 Bundesrat Schaffner  
 Minister Kohli, Dr. Homberger, Minister Weitnauer

Bern, den 17. Juli 1961

*Ma  
18.VII/61*

A k t e n n o t i z

EE. 606/30 - Wr  
 Besuch von Unterstaatssekretär  
 Ball bei Bundesrat Schaffner

Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Staatsdepartement, Mr. George Ball, hat am 14. Juli 1961, von Tokio kommend und vor seiner Weiterreise nach Genf, für ein paar Stunden in Bern Halt gemacht. Er hatte durch die USA-Botschaft um eine Unterredung mit Bundesrat Schaffner ersuchen lassen. Nach seinem Zusammentreffen mit dem Chef des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements machte er Bundespräsident Wahlen seine Aufwartung.

Bundesrat Schaffner benutzte die Gelegenheit, um mit Unterstaatssekretär Ball die akuten Probleme der europäischen Integration und insbesondere die Stellung unseres Landes im Rahmen der neuerdings aktivierten Bemühungen für einen Ausgleich zwischen der EWG und den europäischen Aussenseitern zu besprechen. Die Unterredung hat folgendes ergeben:

Mr. Ball gab zunächst eine Zusammenfassung des amerikanischen Standpunktes zur Lage. Er erklärte:

1. Die amerikanische Regierung hält konsequent an ihrer Richtlinie fest, dass der Integrationskonflikt eine europäische Angelegenheit ist. Sie kann daher keine Initiative zugunsten der einen oder andern Lösung ergreifen. Andererseits ist sie sowohl politisch als wirtschaftlich an dem Problem sehr interessiert: politisch insofern, als sie ein Höchstmass an Zusammenhalt der europäischen Länder untereinander und insbesondere eine dauerhafte Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich wünscht (dies vor allem auch für die Zeit nach dem Abtreten Adenauers und de Gaulles von der Szene); wirtschaftlich insofern, als die Diskrimination der amerikanischen Ausfuhr nach Europa auf ein Mindestmass beschränkt und die Handelspolitik Europas gegenüber der Aussenwelt so li



- ral als möglich gestaltet werden sollte.
2. Dementsprechend hat die amerikanische Regierung die britische Regierung - auf die Anfrage Premierminister MacMillans hin und nicht aus eigener Initiative - sehr zu einem Beitritt zur EWG auf Grund des Römer Vertrages ermuntert; aber Präsident Kennedy konnte sich, getreu der grundsätzlichen amerikanischen Zurückhaltung, nicht bereit erklären, bei Präsident de Gaulle zugunsten einer Aufnahme Grossbritanniens in die EWG zu intervenieren. Jedenfalls machte Mr. Ball völlig klar, dass keinerlei Druck der Amerikaner auf Grossbritannien ausgeübt wurde, um es zum Eintritt in die EWG zu veranlassen.
  3. Die Amerikaner sind m.a.W. willens, eine Verstärkung der Diskrimination ihres Handels, die durch den Beitritt Englands und voraussichtlich weiterer europäischer Staaten zur EWG bewirkt würde, im Interesse der Kräftigung des politischen Gefüges Europas hinzunehmen. Dies schliesst ein bloss wirtschaftliches Arrangement zwischen der EWG und den europäischen Aussenseitern in ihrer Gesamtheit aus, da dadurch der politische Gehalt der EWG verwässert würde, ohne dass die Aussenseiter zur politischen Stärkung des Kontinentes beitragen.
  4. In der Unterredung zwischen Kennedy and MacMillan ist das künftige Schicksal der EFTA überhaupt nicht erwähnt worden. Die Amerikaner erachten Verhandlungen zwischen der EWG und der EFTA als Gruppe im Hinblick auf eine rein wirtschaftliche Vereinbarung als nicht wünschenswert und im übrigen als von vornherein aussichtslos. Für sie handelt es sich in erster Linie darum, dass Grossbritannien und die übrigen NATO-Alliierten in der EFTA durch einen Beitritt zur EWG deren politische Zielsetzung unterschreiben. Dies muss zwangsläufig die zeitliche Staffelung ("Timing") künftiger Verhandlungen mit der EWG in dem Sinne bestimmen, dass es zunächst gilt, Grossbritannien und seine NATO-Alliierten in die EWG einzuführen und sie an deren politische Fernziele zu binden. Erst wenn dies geglückt ist, können die Beziehungen zwischen der EWG und den neutralen EFTA-Mitgliedern geregelt werden.
  5. Von den Neutralen, Oesterreich, Schweden und der Schweiz, erwartet die amerikanische Regierung keinen politischen Beitrag. Sie ist andererseits einverstanden damit, dass den Neutralen die wirtschaftli-

chen Vorteile eines grossen Europa-Marktes ebenfalls zukommen, dies gemäss einer Formel, die je nach der Interessenlage und den praktischen Möglichkeiten zwischen der EWG und jedem einzelnen neutralen EFTA-Mitglied individuell auszuhandeln ist. Wenn aber die Amerikaner bereit sind, sich mit einer bloss wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Neutralen und der EWG abzufinden, ohne dass Amerika hierin einen politischen Gewinn erblicken kann, so muss dies dadurch ausgeglichen werden, dass, seien es die Neutralen, wenn sie die Autonomie ihrer Handelspolitik behalten, sei es die erweiterte EWG-Gemeinschaft mittels ihrer gemeinsamen Handelspolitik, den Vereinigten Staaten eine zusätzliche Liberalisierung des Zuganges zu den europäischen Märkten für amerikanische Produkte zugestehen.

6. Wirtschaftlich gesehen bleibt das Endziel der amerikanischen Regierung, eine systematische Liberalisierung des Welthandels durch einen Abbau der Zölle zwischen den Industriestaaten und durch eine fortschreitende Eröffnung der Märkte dieser Staaten für die Produkte der unterentwickelten Länder. Den angemessenen Rahmen für diese Bemühungen bildet das GATT und nicht die OECD, die auf dem Gebiete des Handels zu sehr den Charakter eines exklusiven Klubs hochentwickelter Industriestaaten hat. Mr. Ball ist sich bewusst, dass die Voraussetzungen für die Verwirklichung eines solchen Programms, nicht zuletzt wegen der angespannten Wirtschaftslage in Amerika selbst, zurzeit nicht sehr günstig sind. So betrachtet er die Aussichten für einen Erfolg der derzeitigen GATT-Zollverhandlungen als recht prekär; er würde aber wünschen, dass vor allem die EWG und Grossbritannien mit ihren Zollzugeständnissen soweit als irgend möglich gehen, auch wenn Amerika im Augenblick eine volle Gegenleistung nicht erbringen kann.

In seiner Replik führte Bundesrat Schaffner folgendes aus:

1. Die von Mr. Ball entwickelte liberale Handelsphilosophie wird von der Schweiz als Ueberzeugung geteilt. Unser Land ist ein Welthandelsstaat "par excellence", dessen aussereuropäische Bezugsquellen und Absatzmärkte ebenso wichtig sind wie die europäischen. Vor allem liegt uns daran, den bedeutenden Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten ungeschmälert aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln.

Es wäre für unsere Wirtschaft unerträglich, wenn ihren amerikanischen Lieferanten von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten der Zugang zum schweizerischen Markt durch Zollerhöhungen und andere restriktive Massnahmen erschwert würde.

2. Die schweizerische Regierung würdigt durchaus das grosse Interesse, das Amerika einem Erfolg des Unternehmens der sechs Länder und vor allem einer dauerhaften Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich entgegenbringt. Beide Länder sind unsere Nachbarn, und auch wir können von einer Konsolidierung der politischen Verhältnisse in Europa nur gewinnen. Andererseits nehmen wir mit Befriedigung davon Kenntnis, dass die amerikanische Regierung den Wert anerkennt, der für Europa und die Welt einer Fortführung der schweizerischen Neutralitätspolitik zukommt. Wir würden aber auch wünschen, bei der amerikanischen Regierung volles Verständnis für die Bedeutung der liberalen Aussenhandelspolitik unseres Landes zu finden.
3. In diesem Zusammenhang sind die Probleme der Schweiz und der übrigen neutralen Mitglieder der EFTA in der gegenwärtigen Situation zu sehen. Diese Länder stellen sich einer politisch bestimmten Bereinigung des Verhältnisses zwischen Grossbritannien, gefolgt von seinen NATO-Alliierten in der EFTA, und der EWG keineswegs entgegen. Insbesondere beharren sie auch nicht darauf, dass die EFTA-Mitglieder gemeinsam - sozusagen im gleichen Raum - die Verhandlungen mit der EWG führen. Die Beschlüsse der kürzlichen EFTA-Ministerkonferenz in London lassen sich so zusammenfassen: volle Solidarität nach innen, grösstmögliche Freiheit und Beweglichkeit nach aussen.
4. Die Schweiz gibt sich auch voll Rechenschaft über die Wichtigkeit des "Timing" in den kommenden Verhandlungen. Sie möchte aber gewisse sein, dass sie sich bei der Regelung ihrer eigenen Beziehungen zur EWG nicht am Dogmatismus und Schematismus der sechs Länder stossen wird. Insbesondere erwartet sie, dass die amerikanische Regierung zu gegebener Zeit ihren Einfluss dahin geltend machen wird, dass die Schweiz sich am grossen europäischen Markt beteiligen kann, ohne doch deshalb von ihrer betont liberalen Handelspolitik den aussereuropäischen Staaten gegenüber abgehen zu müssen.

Mit dieser Konfrontation der Auffassungen der Herren Schaffner und

- 5 -

Ball hatte es, entsprechend dem informatorischen Charakter des Gesprächs, im wesentlichen sein Bewenden. Mr. Ball unterstrich lebhaft und wiederholt sein Verständnis und seine Sympathie für die politischen und wirtschaftlichen Auffassungen unseres Landes wie auch der übrigen neutralen Mitglieder der EFTA. Er betonte, dass die Beziehungen zwischen den neutralen Mächten und der EWG ohne vorgefasste Meinung ("pragmatisch") geregelt werden müssten. Aber er war nicht dazu zu veranlassen, irgendwelche Zusagen für eine amerikanische Unterstützung unserer Interessen zu geben, da die Washingtoner Regierung hier an ihren Grundsatz der Nichteinmischung in intern-europäische Probleme gebunden sei.

W. Kraus,